

Gefahrguttransporter sich nicht an die Seeverkehrsregeln gehalten und die Vorfahrt des kleineren Segelboots mißachtet habe. Das Bundesamt für Schifffahrt und Hydrographie hat mittlerweile Vorermittlungen aufgenommen.

Nach dem Unfall hatte die „Mikhail Lomonosov“ die Fahrt fortgesetzt. Durch den Nord-Ostsee-Kanal erreichte sie am Montagmorgen, 21. Oktober, den Burchardkai im Hamburger Hafen und ließ dort die radioaktive Fracht löschen. Das bestätigte die Wasserschutzpolizei in Hamburg auf Nachfrage von „Panorama 3“. Derartige Güter werden von Hamburg aus zur Brennelementefabrik in Lingen bzw. zur Urananreicherungsanlage in Gronau gebracht. Mittlerweile ist das Schiff der russischen Reederei Northern Shipping Company in Richtung Antwerpen unterwegs.

Die Hamburger Umweltschutzgruppe „SAND“ fordert den sofortigen Stop von atomaren Transporten auf dem Wasserweg. Erst im Mai dieses Jahres war es im Hamburger Hafen zu einem Unfall mit Uranhexafluorid gekommen, als der Spezialfrachter „Atlantic Cartier“ in Brand geraten war.

Strahlentelex hatte berichtet (www.strahlentelex.de/Stx_13_636-637_S10-12.pdf). ●

Atomwirtschaft

Frankreich will die Betriebsdauer seiner AKW auf 50 Jahre verlängern

Die Regierung in Paris will die Betriebsdauer der französischen Atomkraftwerke von bisher 40 auf 50 Jahre verlängern. Das soll einem Bericht der Zeitschrift Le Journal du

Dimanche zufolge Mitte dieses Monats öffentlich verkündet werden. Die Mehrzahl der 58 Atomreaktoren in Frankreich ist in den Jahren von 1978 bis 1989 in Betrieb genommen worden. Frankreich ist mit seinen 58 Reaktoren an 19 Standorten nach den USA der zweitgrößte Atomstromproduzent der Welt. 80 Prozent des französischen Stroms wird in Atomkraftwerken erzeugt. Präsident Francois Hollande hatte dagegen erst kürzlich noch sein Wahlversprechen bekräftigt, bis zum Jahr 2025 den Anteil auf 50 Prozent verringern zu wollen. ●

Atomwirtschaft

Die Urananreicherungsfirma URENCO in Gronau soll verkauft werden

Alle Anteilseigner der Urananreicherungsfirma URENCO in Gronau (Kreis Borken in Nordrhein-Westfalen (NRW)) wollen sich von ihren Anteilen trennen. Nach Angaben der Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke sind sowohl die Regierungen von Großbritannien und den Niederlanden als auch die deutschen Energiekonzerne RWE und E.ON daran interessiert, ihre Anteile an der Urananreicherungsfirma zu verkaufen (Bundestagsdrucksache 17/14668 vom 2.9.2013). Die URENCO befindet sich derzeit zu jeweils einem Drittel im Besitz des britischen und niederländischen Staates sowie von RWE und E.ON. Die Bundesregierung besitzt durch die Staatsverträge von Almelo, Washington und Cardiff weitreichende Mitwirkungs- und Vetorechte bei URENCO, weil die Urananreicherung gerade unter militärischen Gesichtspunkten zu den politisch

heikelsten Wirtschaftsaktivitäten auf deutschem Boden zählen. Im Mai 2013 hatte E.ON-Chef Johannes Teyssen ein „offenes Bieterverfahren“ angekündigt und der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem neben einem Direktverkauf auch von der Vorbereitung eines Börsengangs zur Veräußerung der URENCO-Anteile gesprochen. Aus dem NRW-Wirtschaftsministerium verlautete zudem, daß auch Hedgefonds und Pensionsfonds URENCO-Anteile erwerben könnten. Zur Kontrolle des Unternehmens erklärte nun die Bundesregierung, sie werde „deshalb möglichen Änderungen an der Anteilsstruktur von URENCO nur dann zustimmen, wenn vorher durch einen entsprechenden Rechtsrahmen für die künftige Struktur von URENCO klargestellt ist, dass auch weiterhin nukleare Nichtverbreitung, Sicherung der Technologie und wirtschaftliche Solidität bei URENCO sichergestellt sind.“ ●

Atom Müll

Sorgenbericht

Zu Beginn der Reaktorkatastrophe von Fukushima rief die Bundesregierung zwar den Atomausstieg aus, doch verändert hat das nichts. Der Atom Müll strahlt weiter. Das macht der aktuelle Sorgenbericht der Atom Müllkonferenz 2013 deutlich. Daten zu mehr als 90 Atom Müllstandorten in Deutschland hat die Politologin Ursula Schönberger für diese Bestandsaufnahme zusammengetragen. Dabei sind „Spezialitäten“ wie 1.900 Altlastanlagen der früheren Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut in Sachsen und Thüringen, für die keine Sanierungspflicht besteht, nicht einmal mitgerechnet. Entstanden ist ein 272 Seiten starkes Buch, das die Atom Müllmisere der Bundesrepublik Deutschland

abbildet.

Zu lesen sind diese Datenblätter der gesamtdeutschen Atom Müllära wie Szenen aus einem Kriminalroman. In kurzen Essays wird auch auf standortübergreifende Probleme eingegangen, wie das „Freimessen“ von Atom Müll, Transparenz oder der ungelösten Frage nach dem Lagerkonzept für das gesamte Atom Müllaufkommen. Diese Bestandsaufnahme zeichnet nicht nur die circa 5 Prozent hochradioaktiver Abfälle auf, für die ein Endlager gesucht wird, sondern auch die restlichen 95 Prozent, den die Politik gerne verschweigt.

Dem Sorgenbericht ist eine gefaltete, DIN A1 große Karte beigelegt, die alle Atom Müllstandorte noch einmal sichtbar macht. Von einer weißen Landkarte kann heute niemand mehr sprechen.

Zu beziehen ist der Sorgenbericht für 15 Euro bei der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., Bleckenstedter Str. 14a, 38239 Salzgitter, eMail: bestandsaufnahme@atommuellkonferenz.de, Tel. 05341-90019-4, Fax -5, oder im Buchhandel, ISBN 978-3-00-043228-6. ●

Energiewirtschaft

Höchste Subventionen für Atomstrom

Großbritannien schloß Atombündnis mit China

2023, ein Jahr nachdem das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet worden ist, soll nach dem Willen der konservativen britischen Regierung unter Premierminister David Cameron auf dem Gelände des bestehenden Kraftwerks Hinkley Point in der Grafschaft Somerset, rund 200 Kilometer westlich von London, der erste von zwei neuen Reaktorblöcken in Betrieb gehen. Gebaut werden soll unter Füh-